

Ostpreußen

Wettbewerb der „Roten Jungpioniere“ Sachsen - Berlin (Sachsen im Sturm)

Berlin meldet: 2 neue Gruppen, 2 Schulgruppen, 1 Agitpropgruppe, mehrere Schulgruppen und viele neue Pioniere. Sachsen meldet: 3 neue Gruppen, 2 Agitpropgruppen, 3 Arbeitsgemeinschaften, 1 Schulgruppe, 1200 Trommeln verkauft, 172 neue Pioniere gewonnen, davon allein aus Zwickau 41 Neuaufnahmen.

Wir rufen den sächsischen Pionieren zu: Noch viel zu wenig! Mit aller Kraft auch in der Schule vorzugehen, wo die Berliner uns überlegen sind. Deran an die Arbeit, Schulgruppen heraus und „rote Schulgruppen“ gebildet. Noch viel schneller das Tempo.

Berlin muß unterliegen!
Das rote Sachsen wird regieren!
Alle Erfolge lösen an die Berliner und an den Pionierstab senden. Pioniere! Schreibt Berichte an die „Trommel“ über unseren Wettbewerb. Seid bereit!

Pionierstab Sachsen.

Antifalschennummer des „Roten Wähler“

Zur Steigerung der Kampagne gegen den Faschismus hat die kommunistische Reichstagsfraktion die Seriennummer des „Roten Wähler“ zu einer speziellen Antifalschennummer ausgetauscht. Es darf keinen Funktionär und kein Mitglied der Partei und der proletarischen Massenorganisationen geben, die nicht in den Händen dieser Nummer des „Roten Wähler“ kommen. Massenverbreitung! Heißt die Parole. Alle Argumente der Faschisten finden im „Roten Wähler“ die richtige Antwort, und unheimlich wird den Hitler, Goebbels, und Reich die Mäule von ihrem Gesicht gerissen. Wir erwähnen nur aus dem Inhalt:

Der Faschismus an den Werttägigen, von Walter Stöcker — Die Eisenpolitik der Nazis, von Th. Neubauer — Die Nazis gegen die Erwerbslosen, von Hans Schröder — Die Nazis als Erlösungs- und Young-Farmer, von Walter Stöcker — Nazis für Hunger- und Wüstenfälle, von Edwin Focke — Nationalsozialisten stehen am Hungertuch der Kleinbauern, von Ernst Ruge — Wie die Nazis den werttägigen Mittelstand betrügen, von Erich Glöckner — Die Nationalsozialisten im Bunde mit den Mittelbauern, von Georg Schumann.

Ferner enthält der „Rote Wähler“ eine ganze Seite über die Nationalsozialisten und ihre Haltung zu den Frauen, eine Seite von Walter Stöcker über die Reichshetze der Nationalsozialisten gegen die Sowjetunion, und an unerträglichen Dokumenten den Originalantrag der Nationalsozialisten zur Arbeitsdienstpflicht, einen Originalantrag, der die Forderungspolitik der Nationalsozialisten kennzeichnet, und den Originalantrag der Nazis zur Zerstörung des Young-Planes, der später von ihnen abgelehnt wurde. Dazu kommt noch als Neuheit eine Charakterisierung des Nazi-Finanztheoretikers Gottfried Feder von Expertus und der Originalantrag des hitlerischen Proletariermordgesetzes zur Verringerung des Republikanertages.

Dieses ganze Material ist für nur 10 Pf. in allen Parteibuchhandlungen und Literaturstellen, sowie für 21 Pf. einschließlich Postgebühren pro Vierteljahr bei der Post zu haben. Jeder Exemplar des „Roten Wähler“ wird im Monat Februar zwei neue Briefe

Uchtung! Rote Kavallerie!

Uchtung! Kommunistische Mitglieder des Kad. und Kraftfahrerbundes „Solidarität“. Donnerstag den 29. Januar 1931 Sportfraktionssammlung. Beginn um 19.30 Uhr. Lokal: Restaurant „Zuckoban“. Es ist Pflicht jedes kommunistischen Genossen, zu dieser wichtigen Sitzung zu erscheinen. Parteibuch gilt als Ausweis.

Deutscher Freidenkerverband Seiffhennersdorf, Donnerstag den 29. 1. 30 Uhr, im „Hirsch“ Jahreshauptversammlung. In Anbetracht des Fortschritts des Genossen Thorbauer, Pöbau, und der reichhaltigen Tagesordnung erlauben wir die Genossinnen und Genossen um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

SPD und Bürgerliche in Einheitsfront gegen KPD

Werttägige, antwortet durch Masseneintritt in die KPD!

Freital. In der Stadtverordnetenversammlung am 22. Januar, der ersten im neuen Jahre, zeigte sich deutlich als je die Partei-erhaltende und somit arbeitserfreundliche Einstellung der Sozialdemokratie. Über den Rückblick des Vorjahres Bericht (SPD) auf das Jahr 1930 und die Wahlen zum Stadtverordnetenparlament berichten wir an anderer Stelle.

Das Kollegium hatte Kenntnis zu nehmen von der Ausmittlung des neuen Tarifs der Kräftewerke Freital. Als Bericht-erstattet vertrat der Fraktionsvorsitzende Went (SPD) glänzend die Interessen des Werkes. In reichlichen Worten schilbert er den Tarif und betont, daß das Wert an Hand von wahllos (? - Arbeiter- und Erwerbslosen-Dauerschulungen) (b. H.) heraus-gegriffenen Beispielen die Verbilligung des Sitzbundes bes-weisen könne.

Verwundert es dann noch, wenn der kommunistische Antrag auf Verbilligung des Sitzbundes für die Klein- und Klein-nehmer von der SPD-Fraktion abgelehnt wird?

Im Namen des Rates schlägt der Stadtrat Scheidner die Herabsetzung der Kräftewerke vor, die einstimmig angenommen werden. Durch Senkung der Löhne - Schließung von zwei Stationen, Verminderung des Personals (wie in kapitalistischen Unternehmen, b. H.) - bede man die Konkurrenzfähigkeit des städtischen Krankenhauses. Im letzten Jahre habe die Stadt 50 000 Mark eingebüßt. Diese Ausführungen rufen den Oberbürgermeister Kimpel auf den Plan (nicht Dr. Klop war es, Herr Kimpel!). Nicht die Konkurrenz sei die Triebfeder, sondern man wolle die Krankenkrankenpatienten gewinnen, die die Privatkliniken bevorzugen (ist das kein Konkurrenzkampf?). Dann schilbert er wie ein häßliches Krankenhaus in jeder Hinsicht vorbildlich aussehen müßte. Erwähnt auch noch, daß die Krankenhausärzte ihr mögliches tun, die Patienten so schnell als möglich wieder herzustellen. (Deutsch! Schnell wieder gesund zu schreiben; Unternehmerinteressen, Klasseninteressen wahrzunehmen, b. H.)

Wenig werden die Führer der SPD im Stadtrat wieder herab-geleitet, nachdem sie die fruchtlose Schließung als notwendig für die Stadtfaß erwiesen hat. Richtig ist es auf Grund von Ver-lassungen und Lohn- und Gehaltsabbau (was aber die SPD-Führer verschwiegen sind).

Bei einem Einbürgerungsantrag erklärt der Vorsitzende (SPD), daß der Betreffende zwar angesehener Gebaut, aber, wie schon der Name sagt, deutsch ist. (Die Nazis sagen: zoffere, b. H.)

Ein Dringlichkeitsantrag der kommunistischen Fraktion, der Unterstützung für die vom Unternehmer wozu Lohnabbau aus-geperrten Klein-Arbeiter fordert, findet bei der SPD-Fraktion im Kollegium kein Verständnis und wird gegen unsere Stimmen abgelehnt. Der Vorsitzende erklärt dabei, eine generelle Unter-stützung sei nicht möglich (genau kostet doch die Stadt wieder eine schöne Stange Geld! D. H.) auch wünsch die Gewerkschaften sein Eingreifen dieser Art in Wirtschaftskämpfe. Went (SPD) engagiert Dr. Klop (bürgerlich), daß nicht Lohnabbau der Bebel zur Behebung der Wirtschaftskrise sein könne, aber... diesen An-trag müßte er ablehnen.

Die Einstellung der Gewerkschaften, wie vom Vorsitzenden ge-zeichnet, ist uns verständlich, denn durch Stärkung der Kampf-front würde den reformistischen Führern die Arbeiterschaft er-zielt. Aber entfällt doch bei diesem Antrag wiederum die Stellung der „Arbeitervertreter“ im Stadtrat.

Früher war das Wort „Solidarität“ ein Hauptwort, jetzt ist es aus dem Sprachschatz der SPD ganz verschwunden.

Für die gesamten Werttägigen kommt nur die kommunistische Partei und die KPD als Interessenvertretung und Führerin in jedem Kampfe in Frage. (NR 25)

Ein Jahr SPD-„Arbeiterpolitik“ in Freital.

Nur die KPD kämpft für die Werttägigen

Freital. Zu Beginn der Sitzung am 22. Januar gab der SPD-Vorsitzende einen Rückblick auf das Jahr 1930, der eine Ver-billigung der Freitaler Arbeiterpolitik darstellte. Auf das ganze „Weltwunder“ einzugehen, ist der Platz zu spärlich, die Drucker-

Öffentliche Schulversammlung

heute Mittwoch, den 28. 1. 30 Uhr, im „Deutschen Haus“, Grob-hermer Straße. Thema: „Der Schulstreik an den Dresdener Schulen“. Referent: Stadtrat Paul Schwarz.

Schätze zu haben; aber das Nachstehende wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten.

Vorweggenommen sei, daß in Freital die SPD von 24 Kan-didaten 21 hat, also die absolute Mehrheit besitzt.

In dem Rückblick heißt es, daß der Oberbürgermeister es dem neuen Kollegium Anfang 1930 zur Pflicht machte, sich mit auf die Erfüllung mangelschlüssiger Aufgaben zu beschränken, um nicht die bisher in geordneten Rahmen gehaltene Finanzwirtschaft und die Kreditwürdigkeit Freitals zu gefährden. Ferner, daß es sich dabei nicht umgehen ließ, auch der Einmühenheit gewisse Opfer zu zahlen - Aufhebung der kostenlosen Lebensmittel-Erhöhung von Schulgeld, Schließung der Schwimmbäder - ist eine beherrschende Tatsache; für die aber die Mehrheit der Be-wohner im Laufe der Zeit Verständnis gefunden haben dürfte. (Wird geflüstert! Dafür wüßte das Verständnis bei den Arbeitern immer mehr dafür, daß die SPD keine Arbeiterinteressen ver-tritt, D. H.)

Die Mehrheit des Kollegiums (die SPD, b. H.) „mühte“ sich ernstlichen, einen Eintrag anzunehmen, der wesenlich die Bedürf-nisse der vertriebenen Bevölkerungsgeschichten unberücksichtigt ließ, um vorerlegten Forderungen gegenüber nicht „Angriffslächen“ (?) zu bieten.

Der gute Wille, allen Notleidenden unserer Stadt (außer den Stadtgenossen! D. H.) ausreichend zu helfen, mühte sich schellen an der harten Tatsache, daß die Mittel zur Stadt zu wirksamen Hilfsmitteln zu gering waren. (Über für die Stadt 10 Millionen! D. H.)

Die Schöpfung der Gutschulmeierei rauden wieder. (Wo kein Profit, raudt auch kein Schornstein, D. H.) Hat irgend Arbeiter und Angestellte haben von neuem Lohn und Brot gefunden. (Das bittere, teuer erkaufte! D. H.)

Ja, selbst viele durch die Not zum Abstieg unter Last mit Hilfe der SPD in die Schicht der vertriebenen Arbeiter und An-gestellten verdrängt man noch hinterher, nachdem dieses Ganze-lassen gelungen, folgendermaßen: Die (die Arbeiter, b. H.) selbst haben durch Opfer die Wirtschaftskrise des Wertes mit herbeiführen helfen, woraus deutlich ihr Verlangen zu er-

sehen ist, sich unter allen Umständen ihren alten Arbeitsplatz zu erhalten.

Folgendes Sach unterliegt die Freitaler Volkswirtschaft: Die Welt, die in dieser Zwangslage der Stadt aufsteigt werden müßte (Zwang von Kapital! D. H.), ist groß und wird auf Jahre wie ein schwerer Alp auf jeden Haushalten drücken und die Be-wegungsfreiheit der Stadt beeinträchtigen. (Aber was tut man nicht alles, um sich unentbehrliches Wert der kapitalistischen Wirt-schaft zu erhalten! D. H.) Weiter zu derselben Frage: Die so-zialen (?) Verantwortungsgesicht diktiert Entscheidung hat die Billigung des meinsten größten Teiles der Bevölkerung und auch die Zustimmung der Reichsbehörde gefunden.

Der Lauf der Würgerlichen wird nicht aus. Der Stadtverord-nete Strieder sprach dem Vorsitzenden für die lokale Schließung keinen und den Lauf der Würgerlichen Arbeitersinnlichkeit aus. Und so seien auch die Neuwahlen zum Reichstag aus: Stadt-verordnetenvorsitzer der „lokalen“ Mehrheit (SPD), 1. Stellvertreter Strieder (bürgerlich), 2. Stellvertreter Koch (SPD), 1. Schrift-führer Kunkel (SPD), 2. Schriftführer Zimmermann (bürgerlich). Also bei einfacher SPD-Mehrheit Bürgerliche im Reichstag!

Die SPD-Fraktion erklärte, daß sie ihre Stimmen nicht einer Partei wie der SPD geben könne, die hohnschend und somit arbeitserfeindlich ist, was sie in allen Fragen bewiesen habe, und schlug den Genossen aus vor.

Die Sitzung wie der Bericht beweisen, daß die SPD, die sich auch in Freital „links“ nennt, an ihrem arbeitserfeindlichen Kurs unter Führung des großen Kommunalpolitikers Kimpel festhält.

„Lieber Johann mit der Deutschen Volkspartei, als einmal mit den Kommunisten!“

Diese Behauptung, die durch die SPD 1931 im sächsischen Landtag aufgestellt wurde, ist die Richtschnur für die Handlungen der SPD, die hier in Freital die absolute Mehrheit besitzt.

Ihre Gesamtpolitik ist gegen die Werttägigen gerichtet. Es gibt keine Frage, bei der die Interessen der Arbeiter und diesen „linken Helfern“ nicht mit Füßen getreten würden. Gleichwohl, um was für Forderungen es geht und was Herr Kimpel auch im Interesse der Balancierung des Haushaltsplanes an Maßnahmen gegen die Arbeiter vordrängt, die SPD ist immer bei der Partei und findet stets eine Begründung für ihre Schwächen. Nach dieser Balancierung des Etats fragt aber Herr Kimpel denn nicht, wenn es sich um Millionen für die Gehaltssteigerung handelt. Hier ist immer Geld vorhanden. Herr Kimpel führt seine Sparmaßnahmen durch, um für viele Kapitalisten Millionen zu-gewinnen. Was kümmert ihn der Hunger der Arbeiter! Die Arbeiter müssen endlich den Charakter der SPD-Fraktion erkennen und sich machen mit der SPD. Die SPD aber durch ihre Politik dem Proletariat den Weg.

Werttägige! Wacht auf! Es ist die antifaschistische Front! Werbet Mitglieder der KPD! Kämpft mit uns! (NR 25)



Mit kühnem Entschluss senken wir die Preise auf dem Zigarrenmarkt. Wir sind deshalb von anders interessierter Seite scharf angegriffen worden. Der deutsche Raucher blickt auf uns. Nachdem er einmal reine Übersee-Zigarren für 12 Pf. kaufen konnte, erwartet er, dass dieser Zustand für ihn dauernd ist. In unseren Lagern und im Ausland liegen viele Ballen Tabak, die uns gehören. Ständig vergrößert sich unser Maschinenpark. Unbeirrt, ob wir der Konkurrenz erwünscht sind oder nicht, versorgen wir die Raucher mit unseren stürmisch verlangten Qualitäts-Zigarren.

KRENTNER INDIANER 128
Rein Übersee-Zigarre und doch nur 128